

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zl., monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zl., monatlich 3,11 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Zl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezogener keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelleiste 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Groschen, Danzig 20 bis 100 Zl. Bf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf und schwierigem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Sperrgebühren 50 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Stettin 1847, Polen 202157

Nr. 201.

Bromberg, Mittwoch den 2. September 1925.

49. Jahrg.

Die Danziger Wirtschaftslage.

(Von unserem Danziger Korrespondenten.)

Die durch Versailles geschaffenen engen wirtschaftlichen Beziehungen der Freien Stadt Danzig zur Republik Polen haben sich im Laufe der letzten Monate für die Danziger Wirtschaft verheerend in unangenehmer Weise bemerkbar gemacht.

War schon der Danziger Handel nach Polen seit etwa einem Jahre infolge der dort im Anschluß an die Währungsstabilisierung eingetretenen Wirtschaftskrisis und der mangelnden Kaufkraft dieses Landes erheblich eingeschränkt worden, so haben im Laufe dieses Sommers eine weitere Erhöhung der polnischen Zölle mit dem Zweck, in der seit geraumer Zeit passiven Handelsbilanz einen Ausgleich herbeizuführen, sowie das in der gleichen Absicht erfolgte Einfuhrverbot deutscher Waren als Ausgleich für den ausfallenden Kohlenexport nach dem Deutschen Reich und schließlich die spätere Ausdehnung dieses Einfuhrverbotes für eine große Zahl von Waren auch auf das übrige Ausland die über Danzig nach Polen gehende Wareneinfuhr fast gänzlich abgedrosselt. Danzig ist allerdings in der Lage, sich für seinen eigenen Bedarf bestimmte Kontingente zur Einfuhr zu sichern, aber da der Danziger Handel und die ganze Danziger Wirtschaft auf der Versorgung der umliegenden Länder einschließlich Polens eingestellt sind, so ist die Beschränkung des Danziger Importhandels auf den eigenen Bedarf der Freien Stadt für die Danziger Wirtschaft keineswegs tragbar und muß auf dem Wege der Verhandlungen mit Polen so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden.

Wie der Importhandel, so ist auch der Ausführhandel Danzigs durch die Maßnahmen der polnischen Regierung fast zum Erliegen gebracht worden. Mögen auch die augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse lähmend auf die Produktionskraft Polens eingewirkt haben, die Hauptursache für das Zurückgehen der polnischen Ausfuhr über Danzig ist die Zollpolitik der polnischen Regierung gewesen, indem sie im Herbst vorigen Jahres gleichfalls zur Sanierung der polnischen Finanzen als einziger Staat Ausfuhrzölle auf die wichtigsten Exportgüter verfügte. Diese Zölle sind zwar inzwischen zum Teil wieder aufgehoben oder gemildert worden, aber der Erfolg war doch, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres der seewärtige Warenverkehr im Danziger Hafen hinsichtlich des Warenausgangs erheblich zurückgegangen ist. So betrug im Mai d. J. der Hafenausgang zwar noch 674 209 Tn. gegenüber 642 113 des Vorjahres, doch standen einem Hafenausgang von 2 148 586 Tn. im Mai 1924 nur 962 001 Tn., also weniger als die Hälfte, im Mai 1925 gegenüber. Der im Juli d. J. im Anschluß an das polnische Einfuhrverbot deutscher Waren einsetzende deutsch-polnische Wirtschaftskrieg hat natürlich die polnische Ausfuhr und damit auch den Danziger Ausführhandel noch weiter erheblich heruntergedrückt.

Gegenüber dieser bedeutenden Schädigung des Danziger Handels durch die Ein- und Ausfuhr sowie Zollpolitik der Republik Polen können die zeitweise Aufbesserung des Verkehrs im Danziger Hafen durch größere Lieferungen ober-schlesischer Kohlen über Danzig nach Dänemark, Schweden und Finnland, die seit Mai ständig steigend in der ersten Hälfte des August die Höhe von 57 000 Tn. erreicht haben und für diesen ganzen Monat somit 100 000 Tn. überschreiten dürften, sowie die für den Herbst erwartete vermehrte Umschlagfähigkeit in Zucker, Kunstdünger und Getreide nur als Tropfen auf einen heißen Stein betrachtet werden, zumal hiervon nur ein Teil der Danziger Wirtschaft betroffen wird.

Sehr nachteilig hat sich für Danzig auch die durch die ständig passive Handelsbilanz Polens hervorgerufene Unsicherheit der polnischen Währung, die sich in Schwankungen des Zloty gegenüber dem Danziger Gulden zwischen 80 und 100 bemerkbar machte, erwiesen. Da die Bank Polaki, nachdem die Deckung des Zloty von 368 Millionen im Januar d. J. bis Ende Juli auf 211 Millionen heruntergegangen war, die Devisenausgabe sperrte, konnte der Danziger Kaufmann, der seine Verpflichtungen dem Auslande gegenüber in Devisen zu erfüllen hat, solche von Polen nicht mehr erhalten. Wenn er überhaupt Geld bekam, mußte er sich mit dem entwerteten Zloty begnügen, meist liebten aber die Zahlungen gänzlich aus. Viele Danziger Firmen sind hierdurch bereits in Zahlungsschwierigkeiten und sogar in Konkurs geraten, so daß in letzter Zeit die Einführung der Geschäftsaufsicht, wie sie im Deutschen Reich schon länger besteht, auch für Danzig erwogen wird. (In Deutschland ist ihre Aufhebung amtlich angekündigt. D. R.) Um die Schwierigkeiten im Danzig-polnischen Zahlungsverkehr, die eine Schwächung der Aktionfähigkeit der Danziger Wirtschaft und eine Gefährdung der gemeinsamen Interessen des Danzig-polnischen Zollgebietes bedeuten, zu beheben, hatte am 27. August eine Delegation Danziger Kaufleute und Industrieller eine Niedersprache mit dem polnischen Handelsminister in Warschau, wobei von der polnischen Regierung eine Einwirkung auf die Wirtschaftskreise zur Entwirrung dieser Schwierigkeiten zugesagt und gleichzeitig auch im Namen der Bank Polaki eine beschleunigte Liquidierung der gegenwärtigen Kurschwankungen in Aussicht gestellt wurde. Nachdem inzwischen am 29. August in Polen der freie Devisenverkehr wieder gestattet ist, kann mit einer gewissen Erleichterung im Zahlungsverkehr zwischen Polen und Danzig gerechnet werden.

Außer der Danziger Wirtschaft ist auch der Danziger Staat als solcher durch die polnische Wirtschaftskrisis stark in Mitleidenschaft gezogen, da er nicht nur auf einen erheblichen Teil der von der Wirtschaft erhofften Steuern verzichten muß, sondern auch durch den Rückgang der Zolleinnahmen, die durch die Verringerung der polnischen Ein- und Ausfuhr seit Mai von 28 Millionen monatlich auf 4 Millionen Zloty in der ersten Augusthälfte gesunken sind, eine starke Einbuße erleidet, zumal der so verringerte Ertrag durch den Fall des Zloty noch weiter entwertet wird.

Daß es der Danziger Industrie zurzeit nicht besser geht als dem Handel, dafür ist die Lage der Werften ein sprechendes Beispiel. Von den beiden größten Werften Danzigs hat die Schichau-Werft, nachdem sie eben einen Frachtdampfer von 5000 Brutto-Tonnen Raumgehalt fertiggestellt und nach Liverpool verkauft hat, nur noch zwei Dampfer von gleicher Größe auf eigene Rechnung im Bau, die Danziger Werft aber baut, gleichfalls auf eigene Rechnung, einen Frachtdampfer von 900 Tn. Beide Werften haben ihren Arbeiterstamm aus Mangel an Aufträgen erheblich verringern müssen, die Danziger Werft, die kurz nach dem Kriege noch etwa 7000 Arbeiter beschäftigte, beschäftigt jetzt noch etwa 1000 Mann.

Es ist anzuerkennen, daß von polnischer Seite manches geschieht, um den Export über Danzig wieder zu heben, und zwar durch Tarifiermäßigungen und Regierungskredite. So wurde erst kürzlich mit Wirkung vom 10. August für den Transport von Koks aus polnischen Werken nach Danzig der Tarif auf 7,50 Zl. pro Tn. ermäßigt und die Stehgebührenfreiheit für Waggons zum Entladen im Danziger Hafen von 10 Stunden auf drei Tage verlängert. Über die gesteigerten Kohlentransporte über Danzig wurde bereits gesprochen. Die Naphtha-Industriellen Polens haben beschlossen, zur Hebung der Naphtha-Ausfuhr über Danzig ein Zentralverkaufsbureau dafelbst einzurichten, die endgültige Entscheidung hierüber soll bis zum 15. September erfolgen. Von dem zu erwartenden Getreideexport wird voraussichtlich die Hälfte, etwa 300 000 Tn., über Danzig gehen. Erwähnt sei auch, daß in letzter Zeit ein starker Import von Kraftfahrzeugen und französischen Maschinen nach Polen über Danzig zu verzeichnen ist. So erkaufte dies alles ist, so sind es doch nur kleine Hilfen. Das erfolgreichste Mittel zur Belebung des Hafensverkehrs und zur Besserung der Danziger Wirtschaftslage wäre der baldige Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Deutschland.

Von seiten des Danziger Hafenausschusses geschieht alles, um die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens zu heben. Wie der Handelsdirektor des Danziger Hafenausschusses, Ingenieur Nagorski, vor kurzem in der „Gazeta Warszawska“ berichtete, hat der dem Danziger Hafen vielfach gemachte Vorwurf, daß er teuer sei, als die anderen Häfen, keine Berechtigung mehr. Die Hafengebühren und Schiffsgebühren sind nach den letzten etwa 33 Prozent betragenden Herabsetzungen im Juni jetzt niedriger als früher in den Konkurrenzhäfen. Die Entschädigungen an Privatfirmen für Verladung sind um 40 Prozent, die Expeditionssätze bis zur Höhe der Selbstkosten heruntergesetzt. Demgegenüber sind allerdings die Arbeitslöhne etwas höher als in den deutschen Häfen, wenn auch niedriger als in Dänemark und England. Was die Hafeneinrichtungen betrifft, so stehen die Verladeeinrichtungen der Privatfirmen für Getreide, Naphtha und Zucker in nichts den Einrichtungen fremder Häfen nach. Für den Holzexport, der im Jahre 1924 1 Million Tn. Holz mühelos bewältigte, können die Danziger Einrichtungen sogar als besser angesehen werden als die irgend eines anderen europäischen Hafens. Nur für die Massenartikel wie Eisenerz und Koste steht Danzig vorläufig noch hinter modernen Häfen zurück. Aber auch dieser Zustand wird nach Fertigstellung der bereits in Angriff genommenen Einrichtung neuer Kräne, Speicher, Verladekeile und Eisenbahnanlagen bald behoben sein. An Koste können schon heute täglich 3000 Tn. bewältigt werden, diese Zahl wird nach Aufstellung der neuen Kräne im Herbst bis auf 5000 Tn. gesteigert werden können. So ist im Danziger Hafen alles vorbereitet, um nach Rückkehr Polens zu einer gesünderen Wirtschaftspolitik den Anforderungen zu entsprechen, die der dann zu erwartende gesteigerte Verkehr mit sich bringen wird und die an einen modernen Hafen billigerweise gestellt werden können.

Generalsuperintendent Bursche „berichtigt“.

Die „Stockholms Tidningen“ vom 24. August d. J. Nr. 228, Aufl. A., bringt eine Unterredung ihres Mitarbeiters mit Herrn Generalsuperintendenten Bursche. Aus dem Inhalt dieses Interviews kann man deutlich schließen, daß es sich hier nicht um eine Auskunft der Presse beim Generalsuperintendenten Bursche handelt, sondern daß sich der letztere an die Presse gewandt hat, um die öffentliche Meinung in Schweden über die Lage der evangelischen Kirche in Polen zu „berichtigen“.

Dieses „Interview“ hat nach der deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Ich glaube bemerkt zu haben,“ erklärte Generalsuperintendent Bursche, „daß man hier in Schweden vollkommen falsch unterrichtet ist über die Bedingungen, unter denen wir Protestanten in Polen leben. Man hat mich hier gefragt, ob nicht die protestantische Kirche in Polen das Opfer staatlicher Verfolgungen sei, ja, ich habe sogar die Äußerung gehört, daß man von schwedischer Seite uns in unserem schweren Kampf bestehen müsse. Aber es ist eine vollkommen falsche Auffassung, daß die protestantische Kirche Polens von seiten des Staates verfolgt oder unfreundlich behandelt wird.“ (Und die Aufstellungen der in evangelischen Kirchen geschlossenen Mischehen, die Beschlagnahme der evangelischen Haushälter für Schulzwecke, Zurücksetzung der Evangelischen bei Besetzung von vakanten Stellen in den staatlichen und kommunalen Ämtern, die Bestimmungen des Konkordats usw.?) — Die Schriftl.)

„Die Lage ist die,“ erzählte Herr Generalsuperintendent Bursche weiter, „daß von 27 Millionen Einwohnern mehr als 19 Millionen Katholiken sind. Von den übrigen 8 Millionen sind 4 Millionen Griechisch-Orthodore, 3 Millionen Juden und 1 Million Protestanten. Die Vorstellung, daß die Protestanten nur aus dem deutschen Element sich rekrutieren, ist auch nicht richtig. Als Beispiel, wie die Verhältnisse sich gestalten, kann darauf hingewiesen werden, daß a. B. in Teschen, einer Stadt von 30 000 Einwohnern nahe der deutschen und tschechischen Grenze, das deutsche Volkselement so gut wie ausschließlich aus Katholiken besteht, während es die Polen sind, die zur protestantischen Kirche gehören.“

Nach der polnischen Verfassung haben alle dasselbe Recht, Protestanten, Katholiken und Juden, und so ist es auch in Wirklichkeit. (??!) — Die Schriftl.) Gar keine Verfolgungen gegen die Protestanten von seiten des Staates sind vorgekommen (Gnesen, Wissa, Strelow, Woiwanow usw. — Die Schriftl.), im Gegenteil, der Staat ist wohlwollend gegen uns gestimmt. Das geht zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß eine besondere theologische Fakultät für die protestantische Kirche an der Universität Warschau eingerichtet ist (zur Polonisierung der deutsch-evangelischen Gemeinden. — Die Schriftl.), eine Fakultät, die in vollem Gange ist, gegen-

wärtig fünf Professoren hat und übrigens auch auf der gegenwärtigen Konferenz vertreten ist.

Daß die katholische Kirche unverträglich ist und für sich Propaganda macht, ist eine andere Sache,“ so fährt der Generalsuperintendent fort, „das halte ich für ihr volles Recht, und wir sind auch in unserem Recht, wenn wir uns dagegen verteidigen, und das geschieht am besten durch Angriff.“ Generalsuperintendent Bursche ist auch davon überzeugt, daß bedeutend mehr Glieder der katholischen Kirche zum Protestantismus in Polen übertreten als umgekehrt. (?! — Die Schriftl.) Der Generalsuperintendent will gewiß nicht bestreiten, daß zuweilen Differenzen entstehen, aber sie haben ihre Wurzel in dem unglücklichen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen. Aber im übrigen will er unterstreichen, daß Polen und Deutsche in der polnischen protestantischen Kirche in bestem Einverständnis Seite an Seite leben. (Und mit dem polnischen Konsistorium in Warschau nicht. — Die Schriftl.)

„Man muß sich erinnern,“ sagte er, „daß unser Land aus drei wiedervereinten Teilen besteht, die jeder für sich unter dem Einfluß verschiedener Kulturen mit verschiedenen Mentalitäten gestanden haben: der österreichischen, russischen und preussischen. Sie zu einer Einheit zusammenzuschmelzen, kann nicht im Handumdrehen geschehen, aber angesichts der kurzen Zeit, die seit der Errichtung eines selbständigen Polens verfloßen ist, müssen die erreichten Resultate als großartig bezeichnet werden!“

Wir glauben, Herr Generalsuperintendent Bursche hat durch sein Interview die öffentliche Meinung Schwedens nicht geändert, und dem polnischen Staate keinen Dienst erwiesen. Er hat aber dadurch die polnisch-katholischen Chauvinisten in der Meinung gestärkt, daß sie vollständig richtig handeln und daß sie ruhig ihre Unterdrückungspolitik den deutsch-evangelischen Mitbürgern gegenüber fortsetzen können. Und wenn doch mal deren Klagen über die Grenze kommen sollten, so fährt Herr Generalsuperintendent Bursche hin und macht alles wieder gut.

Es wäre endlich Zeit, mit der Vogelstraußpolitik ein Ende zu machen.

Das Agrarreform-Gesetz in der Senats-Unterkommission.

Warschau, 1. September. Die Beratungen der aus neun Mitgliedern zusammengesetzten Unterkommission des Senats ihres Anfang, die durch die Finanz-, Budget-, Rechts- und Wirtschaftskommission des Senats zur Begutachtung des Gesetzesentwurfs über die Durchführung der Agrarreform ins Leben gerufen worden war. Den Vorsitz führte Senator Smólski (Christliche Demokratie), als Referent trat Senator Buzek (Piast) auf. Der Berichterstatter besprach in der Einleitung die Rentabilität der großen und kleinen Wirtschaften und wies darauf hin, daß überall dort, wo die bäuerliche Bevölkerung einen entsprechenden beruflichen Bildungsgrad besitzt, der kleine Besitz mehr produziert, als der Großgrundbesitz (?). Grundsätzlich auf dem Boden des Projekts stehend, suchte hierauf der Berichterstatter den Nachweis zu führen, daß zwischen dem Gesetzesentwurf und den Bestimmungen des Abschnitts 3 des Art. 99 der Verfassung kein Widerspruch bestehe, im Gegenteil bedeute das Gesetz lediglich die Durchführung der Bestimmungen der Konstitution. (??)

Nach dem Referat beriet die Kommission über die einzelnen Artikel. Zu Art. 1, der die allgemeinen Bestimmungen enthält, hatten die Senatoren Grünmayer (Nat. Volksverband), Steck (Chr.-Nat. Demokratie), Pasternak (Ukrainer) und Woźniak (Wopol.) Änderungsanträge eingebracht. In der Abstimmung erlangten diese Anträge keine Mehrheit, so daß der Art. 1 entsprechend dem Sejm-Beschlusse angenommen wurde. Bei dem ersten Teil, der über den Landvorrat handelt, welcher zur Parzellierung bestimmt ist, entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion, und zwar bei den Art. 1-5, die jedoch noch nicht beendet wurde. Die Arbeiten der Kommission werden wahrscheinlich im Laufe dieser Woche beendet werden, so daß mit Beginn der nächsten Woche der Bericht der Kommission den Gegenstand der Beratungen im Plenum der drei eingangs erwähnten Kommissionen des Senats bilden dürfte.

Der Kredit zur Stützung des Zloty.

Aus New York, 29. August, meldet die „Nöln. Ztg.“: Die Federal Reserve Bank gibt nunmehr amtlich bekannt, daß sie der Bank Polaki einen Kredit von 10 Millionen Dollar zur Stützung des Zloty eingeräumt habe. Der Kredit läuft auf ein Jahr und wird mit 4 1/2 % v. S. verzinst, wobei die Zinsen jedoch nur für die tatsächlich abgerufenen Summen gezahlt werden. Die Anleihe ist durch Gold gedeckt. Es werden jedoch keine Angaben darüber gemacht, ob das zur Deckung bereit gestellte Gold nach Amerika geschafft oder auf Konto der Federal Reserve Bank in Europa niedergelegt wird.

Wie erinnerlich, hat schon vor ein paar Tagen die Bank Polaki über diese Stützungsanleihe Mitteilung gemacht. Danach hat die Bank Polaki, um diese Anleihe sofort, u. z. in England, flüssig zu machen, Gold in der Bank von England als Pfand deponiert. Aus der obigen Mitteilung der „Nöln. Ztg.“ erfährt man jetzt, daß diese Stützungsanleihe 10 Millionen Dollar gleich 51,8 Millionen Zl. beträgt.

Die Schlußsitzung der Weltkirchenkonferenz.

Am Sonnabend fand in dem dicht gefüllten Festsaal der Musikalischen Akademie unter Beteiligung aller Delegierten sowie in Anwesenheit des Kronprinzenlichen Paares und zahlreicher Gäste, darunter die Dichterin Selma Lagerlöf, die feierliche Schlußsitzung der Stockholmer Weltkirchenkonferenz statt. Der schwedische Kronprinz eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er seiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß die Weltkonferenz für praktisches Christentum in der Hauptstadt Schwedens abgehalten wurde. Dann führte er aus:

Eine Einheit des Bekenntnisses ist keineswegs notwendig, aber eine Bedingung ist erforderlich, der aufrichtige Geist der Brüderlichkeit muß herrschen, der aufrichtige Wunsch, andere Gemeinden zu verstehen. Die christliche Kirche müsse die erste von allen Gemeinschaften sein, die den Geist der Brüderlichkeit und des Verständnisses verbreiten soll. Auf diesem Wege werde die Kirche auch den Nationen und den Klassen ein Beispiel geben und ihnen helfen, alte Vorurteile und alte Mißverständnisse zu beseitigen.

In die mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede des Kronprinzen schlossen sich kurze Dankesworte von Vertretern der verschiedenen Kirchen und Länder an.

Darauf ergriff Erzbischof Soederblom zu einer Schlussrede das Wort. Er wies mit innerer Bewegung darauf hin, daß das Große in der Weltgeschichte stets, wenn es ins Leben tritt, mit menschlichen Unvollkommenheiten und Kleinigkeiten befaßt ist.

Was dem Geschichtsschreiber einer späteren Zeit als notwendiges Geschehen erscheint, führte der Erzbischof aus, das hat im Augenblick des Werdens oft den Anschein einer vollkommenen Unmöglichkeit gehabt. Es muß das Letzte der Kraft hingegeben werden, um das Unmögliche möglich zu machen. Trotz allem Menschlichen und Allzumenschlichen habe ich etwas von der Größe und Majestät Gottes empfunden.

Mit einem Choral, der in fünf Sprachen gesungen wurde, und einem schwedisch gesprochenen Lebenswunsch fand die letzte Sitzung der Weltkonferenz ihren Abschluß.

Mit einem Bankett am Abend und einem Auszug am Sonntag nach Upsala wurde die Konferenz endgültig beschlossen.

Ein Ruf des Christentums.

Botschaft der Weltkirchenkonferenz.

Die folgenden geschlossene Stockholmer Weltkonferenz für praktisches Christentum veröffentlicht folgende Botschaft:

I.

1. Die allgemeine Konferenz der Kirche Christi für praktisches Christentum, versammelt in Stockholm und beistehend von Vertretern der meisten Kirchen aus 37 verschiedenen Völkern der alten und neuen Welt, des nahen und des fernen Osten, richtet hierdurch eine brüderliche Botschaft an alle Nachfolger Christi mit der herzlichsten Bitte, sich im Gebet, Bekenntnis und Dank, in Dankbarkeit und Dienst mit der Konferenz zu vereinen. Wir bedauern, daß nicht alle christlichen Kirchen es für nötig hielten, die Einladung anzunehmen. Denn angesichts der lebenswichtigen und weitreichenden Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, müssen wir eine Zusammenarbeit aller Teile der Kirche Christi erhoffen. Das Zeugnis und der Einfluß der Konferenz wären sonst unvollständig.

2. Durch Arbeit und Gebet christlicher Männer und Frauen ist unsere Konferenz seit fünf Jahren vorbereitet worden. Erfolgreiches Bemühen um enge Verbindung zwischen den Kirchen hat der Konferenz den Weg bereiten helfen. Sie hat sich als bisher umfassendster Ausdruck der Gemeinschaft und Zusammenarbeit der Kirchen über die Grenzen von Nation und Konfession hinaus erwiesen.

Die Sorgen, Kämpfe und Verluste der christlichen Kirche in und nach dem Kriege haben sie zu der beschämenden Erkenntnis geführt, daß einer in sich uneinigen Christenheit gegenüber die Welt die Übermacht hat.

Unter Beiseitelassung aller Fragen des Bekenntnisstandes und der Kirchenverfassung hat die Konferenz sich das Ziel gesetzt, sich in gemeinsamer praktischer Arbeit zu betätigen. Die Konferenz ist bei allem, so weit hin sichtbar sie auch in die Erscheinung trat, ein erster Anfang.

3. Wir bekennen vor Gott und der Welt die Sünden und Verfassungen, deren die Kirche sich durch Mangel an Liebe und mitleidenderm Verständnis schuldig gemacht hat. Der Ruf der gegenwärtigen Stunde an die Kirche muß deshalb ein Ruf sein und doch auch ein Ruf zu einem freundlichen Neuanfang aus der unerschöpflichen Kraftquelle Jesu Christi.

4. Es erfüllt uns mit tiefster Dankbarkeit, daß wir trotz deutlich vorhandener starker Verschiedenheit des Standpunktes im Grunde gewesen sind, uns über so viele schwere Fragen in Wahrheit und Liebe auseinanderzusetzen und dabei auch jene Rücksichtnahme auf jeden zu üben, wie sie nur der Geist schenken kann.

II.

5. Die Konferenz hat die Pflicht anerkannt, das Evangelium auf allen Gebieten des menschlichen Lebens zu der entscheidenden Macht zu machen, im industriellen, sozialen, politischen und internationalen Leben.

6. So haben wir auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens uns dazu bekannt, daß die Seele der höchste Wert ist, der den Rechten des Gesetzes oder dem Mechanismus der Industrie nicht untergeordnet werden darf, und daß die Seele das Recht auf ihre Rettung hat. Wir kämpfen deshalb für eine freie und vollkommene Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit. Im Namen des Evangeliums haben wir von neuem betont, daß die Industrie sich nicht gründen darf auf dem bloßen Wunsch nach persönlichem Gewinn, sondern, daß sie als ein Dienst an der Gemeinschaft das Eigentum als ein unvertrautes Gut ansehen muß, für das wir Gott Rechenschaft schuldig sind.

Zusammenarbeit muß an die Stelle einer nur selbstsüchtigen Konkurrenz treten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen in die Lage versetzt werden, ihren Anteil an der Industrie als Erfüllung ihres Berufes anzusehen.

7. Wir haben alsdann die moralischen und sozialen Fragen behandelt: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Unfruchtbarkeit, Alkoholmißbrauch und Verbrechen. Wir sind da zu der Erkenntnis geführt worden, daß diese schweren Probleme nicht aus der Kraft des Einzelnen wirklich gelöst werden können, sondern, daß die Gesamtheit die Verantwortung hierfür übernehmen und eine soziale Kontrolle über die individuellen Handlungen infoweit ausüben muß, als sie in jedem einzelnen Teile für das Allgemeinwohl notwendig ist.

Wir haben uns auch mit den Fragen beschäftigt, welche aus einer höheren Wertung der Frau, des Kindes und des Arbeiters auf dem Gebiete der Erziehung der Familie und des Berufes kommen. Die Kirche soll nicht für die Rechte des Individuums als solchen, wohl aber für die Rechte der sittlichen Persönlichkeit eintreten, für alles, was die Menschheit reifer macht durch die vollständige Entfaltung jeder einzelnen Seele.

8. Wir haben die für die internationalen Beziehungen maßgebenden christlichen Gedanken durchberaten, die von völkischer Selbstherrlichkeit ebenso weit entfernt sind, wie von einem Massen-Kosmopolitismus jedes beteiligten Landes, gleichviel welcher Bedeutung. Wir haben die Verpflichtung des Einzelgewissens dem Staate gegenüber betrachtet, wir haben den universalen Charakter der Kirche und ihre Pflicht, die Brüderliebe zu predigen und auszuüben, anerkannt. Wir haben das Massenproblem, die Frage nach Rechts- und Schiedsgerichtsbarkeit sowie nach der Herstellung einer internationalen Ordnung (Gemeint ist der Völkerbund) untersucht, die friedliche Methoden zur Entfernung der Kriegsursachen enthalten könnte, Fragen, welche uns in der Tragik unserer Tage so tief berühren.

9. Wir bitten die Kirche, ein Gefühl zu haben für die Schrecken des Krieges wie auch für seine Unzulänglichkeit für die wirkliche Lösung internationaler Streitfragen. Wir haben nicht versucht, genau formulierte Lösungen zu

geben, wir haben auch nicht durch Abstimmungen die Ergebnisse unserer freundschaftlichen Aussprache festgelegt. Hierzu hat uns nicht nur die tiefe Achtung vor den Überzeugungen anderer Menschen und Gruppen veranlaßt, sondern eher noch das Bewußtsein, daß die Kirche Grundzüge und Ideale aufstellt, es aber den einzelnen und den Gemeinschaften überläßt, mit Liebe, Weisheit und Mut nach den Anwendungen jener Grundzüge zu suchen.

10. Wenn aber dieses Ziel erreicht werden soll, muß die dringende Notwendigkeit einer Erziehung anerkannt werden, und zwar sowohl einer Erziehung des einzelnen durch die Kirche, wie auch einer Erziehung der Kirche durch Denkarbeit und Meinungsaustausch, so daß sie in den Stand gesetzt wird, in immer wachsendem Maße die christliche Gesinnung zu fördern, vom Geiste der Wahrheit geleitet.

11. Wir richten diesen Aufruf in erster Linie an alle Christen. Jedermann soll seinem eigenen Gewissen folgen, seine volle Verantwortung für das Tun des Willens Gottes auf Erden und für die Arbeit an Gottes Reich einsehen.

12. Indem wir diesen Appell in erster Linie an die Kirchen richten, erkennen wir dankbar an, daß wir auf diesem heiligen Wege auch Verbündete suchen. Wir richten unsere Augen auf die jungen Menschen in allen Ländern. Wir haben mit herzlicher Freude von dem Streben und Ringen der Jugend aller Völker um eine bessere Gestaltung des Gemeinschaftslebens gehört. Den Geist und die frische Kraft der Jugend möchten wir voll einstellen in den Dienst des Geistes Gottes.

Wir richten diese Botschaft im Namen des Menschensohnes, im Namen des Zimmermanns von Nazareth auch an die Arbeiter der Welt, voller Dankbarkeit für alle, die heute unter den schwierigen Verhältnissen ihr Handeln durch Gottes Taten bestimmen lassen. Wir beklagen die noch vorhandenen Ursachen für Entfremdung und mangelndes Einvernehmen und wollen sie zu beseitigen suchen. Wir teilen ihr Bestreben nach einer sozialen Ordnung, in der durch Gerechtigkeit und Brüderlichkeit die Möglichkeit für eine Entwicklung geschaffen wird und das ganze Menschengeschlecht nach Gottes Willen gesichert ist.

13. Unsere Konferenz ist nur ein Anfang, aber wir können nicht auseinandergehen, ohne irgendwelche Vorsehrungen für die Fortführung des so glücklich begonnenen Werkes zu treffen. Wir haben uns deshalb entschieden, einen Fortsetzungsausschuß zu bilden, der das begonnene Werk weiterführen, verschiedene gemachte Vorschläge weiter beraten und zur Ausführung bringen, der die Möglichkeit der künftigen Einberufung einer weiteren allgemeinen Konferenz prüfen und insbesondere die Schritte tun soll, um die schweren Fragen, die uns beschäftigt haben, weiter zur Durchberatung zu führen, ferner unsere eigenen Arbeiten an diesen Fragen fördern und mit alledem jener Selbsterziehung des einzelnen und der Kirche dienen soll, die das Fundament ist für unser Urteilen und Handeln.

Die Vorbesprechung der juristischen Sachverständigen.

Deutschlands Vertreter bei den Vorbesprechungen der juristischen Sachverständigen, Ministerialdirektor Gaus, ist am Sonntag in London eingetroffen; er wohnt in der deutschen Botschaft. Die Besprechungen begannen am gestrigen Montag und werden, wie man hier glaubt, höchstens sechs Tage in Anspruch nehmen. Die einzelnen Sachverständigen kennen sich, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, persönlich, ein Umstand, der neben dem strengen Ausschluß der Öffentlichkeit den freimütigen Meinungsaustausch sehr erleichtern dürfte. Später sollen sich dann nach Beendigung der Völkerbundversammlung die Minister des Auswärtigen der vier beteiligten Staaten, Deutschland, Frankreich, England und Belgien, treffen, aber nicht auf einer Konferenz, sondern auf einer „Entreeue“, wie der technische diplomatische Ausdruck heißt. Der Ort dieser Zusammenkunft wird voraussichtlich Brüssel sein, da Belgien sehr darauf zu dringen scheint. Die Stimmung der Londoner amtlichen Kreise bezüglich des Ausgangs der Verhandlungen über den Sicherheitspakt bleibt sehr optimistisch.

Die nationalen Minderheiten in Deutschland.

Ein Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland, hinter dem eine kleine Gruppe Polen steht, verbreitet seit längerer Zeit eine Denkschrift in deutscher Sprache, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen soll. Gegenüber der dort angegebenen Ziffer von zwei Millionen Angehörigen der nationalen Minderheiten in Deutschland, unter denen Polen, Masuren, Dänen, Friesen, Wenden und Litauer zu verstehen sind, verbreitet die Statistische Korrespondenz eine amtliche Richtigstellung, der der Amtliche Preuß. Presse-Dienst folgende Angaben entnimmt:

Bei der Volksabstimmung in Ostpreußen hatten von 422 067 Stimmberechtigten nur 7924 oder 1,88 v. H., in Westpreußen von 121 176 Stimmberechtigten nur 7947 oder 6,56 v. H., in Niederschlesien von 5606 Stimmberechtigten nur 133 oder 2,37 v. H. und in denjenigen Kreisen des ober-schlesischen Abstammungsgebietes, die ganz bei Deutschland verblieben sind, von 494 028 Stimmberechtigten nur 99 534 oder 20,15 v. H. für Polen gestimmt. Eine Auszählung der Personen mit fremder Muttersprache, die zuletzt im Jahre 1910 stattfand, ergab in ganz Preußen in seinem gegenwärtigen Umfang ohne die 168 000 Doppelsprachigen rund 1 817 000 Fremdsprachige. Schlagen wir die Hälfte der Doppelsprachigen, also der Personen, deren Eltern verschiedene Muttersprachen sprachen, zu den Fremdsprachigen, so erhalten wir 1 901 000 Personen. Hierunter aber befanden sich im Jahre 1910 mindestens 332 000 Ausländer, die selbstverständlich abgezogen werden müssen. Es verblieben also auf dem gegenwärtigen Staatsgebiet 1 569 000 Inländer mit fremder Muttersprache. Auch davon, daß diese sich alle zu fremden Nationalitäten bekennen, oder gar hinter dem Verhänge der nationalen Minderheiten sehen, kann nicht die Rede sein. Tatsächlich vereinigen nämlich in der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 die gesamten nationalen Minderheiten nur 119 736 Stimmen auf sich. Dies entspricht aber, da die Wahlberechtigten 60 bis 70 v. H. der gesamten Bevölkerung ausmachen, einer Zahl von höchstens 200 000 Personen. Noch deutlicher trat dies bei den Wahlen vom 7. Dezember 1924 zutage. Denn an diesem Tage stimmten bei den Reichstagswahlen nur 92 906, bei den Landtagswahlen nur 8891 Personen für die Liste der nationalen Minderheiten.

Die von den Polen ins Leben gerufene Masurische Vereinigung erhielt bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai vorigen Jahres nur 1029 Stimmen, am 7. Dezember vorigen Jahres nur 542. Das entspricht einer Bevölkerung von höchstens 1700 Personen, während es 1910 im preussischen Staat 194 000 Personen mit masurischer Muttersprache gab. Im Wahlkreis Ostpreußen wurden am 7. Dezember vorigen Jahres bei den Landtagswahlen für die Polnische Volkspartei 6006 Stimmen abgegeben, was einer Bevölkerung von 10 000 Personen entspricht, bei 98 000 Personen mit polnischer Muttersprache im Jahre 1910. Da die Mehrzahl der Stimmen für die Polnische Volkspartei im Landkreise Allenstein und im Kreise Stuhm abgegeben wurde, so liegt auf der Hand, daß sie von wirklichen Polen, nicht

von Masuren stammen. Doch auch in diesen Kreisen wurde die überwiegende Stimmenmehrheit für Deutschland abgegeben. In Allenstein nämlich sprachen sich 76,24 v. H. für Deutschland und nur 11,71 v. H. für Polen, in Stuhm 68,23 v. H. für Deutschland und nur 16,74 v. H. für Polen aus. Auch hier enthält die polnische Statistik also eine Irreführung.

Eine Entschliekung des Bundes der Auslandsdeutschen.

Berlin, 31. August. PAZ. Die gestrigen und heutigen Beratungen des Kongresses der Auslandsdeutschen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Nach Verlesung einer Reihe von Referaten wurden etliche Anträge angenommen, deren einer die Reichsregierung ersucht, Schritte zu unternehmen, um der deutschen Minderheit im Ausland die kulturelle Autonomie zu sichern und daß den Deutschen die im Weltkriege erlittenen Verluste entschädigt werden.

Vor dem Abbruch der deutsch-russischen Verhandlungen?

Wien, 1. September. PAZ. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Berlin, daß die deutsch-sowjetischen Handelsverhandlungen wahrscheinlich abgebrochen werden würden. Die sowjetische Regierung habe alle der deutschen Regierung bereits anerkannten Konzeptionen zurückgezogen. Dieser Schritt habe den Eindruck hervorgerufen, daß die Sowjets aus politischen Motiven den Abbruch der Verhandlungen anstrebten. In deutschen Kreisen werde angenommen, daß die Sowjets einen Druck auf die deutsche Regierung dahingehend ausüben wollten, daß diese den Garantiepakt nicht unterzeichnet und auch dem Völkerbund nicht beitrete.

Die „Vossische Zeitung“ ist der Ansicht, daß der Abbruch der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in den aller-nächsten Tagen erfolgen werde. Nach Informationen dieses Blattes haben außer den politischen Schwierigkeiten auch bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Delegationen in der Frage der Einfuhr von Getreide und Rindvieh nach Deutschland zu dem Abbruch der Verhandlungen beigetragen.

Ein ungewöhnlicher Prozeß.

500 Angeklagte, 10 000 Zeugen.

In der kleinen Stadt Tirnowo in Bulgarien beginnt Anfang September ein Prozeß, den in seiner Größe nicht nur nicht Bulgarien, sondern selbst die Welt nicht kennt. Angeklagt sind 500 Personen; vorgeladen wurden 10 000 Zeugen. Angeklagt ist die gesamte Mitgliebschaft der bulgarischen kommunistischen Partei. Allen droht nach dem Geheiß die Todesstrafe. Sie sind angeklagt, am 18. September 1922 blutige Unruhen zur Zeit der Stambuljistik-Daskalow-Regierung hervorgerufen zu haben. Stambuljistik hatte damals einen Plan aufgestellt, der alle Kommunisten durch Ausweisung, Inhaftierung usw. plötzlich unschädlich machen sollte. Die Kommunisten kamen der Regierung jedoch zuvor, überfielen den Zug, in dem sich die Gesamtregierung befand, zogen alle Minister heraus und verprügelten sie, wobei einzelne Minister schwer verwundet wurden.

Der Prozeß wird einige Monate dauern.

Republik Polen.

Von den polnisch-litauischen Verhandlungen.

3. Heute, am 31. August, findet das erste Zusammentreffen der polnischen und der litauischen Delegation in Kopenhagen statt. Die polnische Delegation wird mit folgenden Forderungen hervortreten: Das Recht der Fischereibewirtschaftung auf der Memel für polnisches Holz; das Recht des Aufenthalts polnischer Staatsbürger, die mit diesem Handel in Beziehung stehen, auf litauischem Boden; das Recht der Benutzung litauischer Verkehrsmittel, Post, Telegraphen usw. durch die Döngenananten; Schutz der Staatsbürger, Gründung eines Konsulats in Rowno für die polnischen und in Polen für die litauischen Bürger.

Polnische Generale in Frankreich.

Demnächst werden sich, wie die „Köln. Ztg.“ aus Paris meldet, 15 polnische Generale nach Paris begeben, um ihre militärische Ausbildung zu vervollständigen.

Deutsches Reich.

Die Besetzung der Koblenzer Zone durch Engländer.

Das Besatzungsamt Koblenz rechnet mit einer Besetzung der Koblenzer Zone durch die Engländer nach der Räumung Kölns. Man hofft, daß die Koblenzer Besetzung geringer sein wird, als in Köln (in Köln zirka 5000 Mann) und rechnet mit einer Besetzung von 2000 Mann, die auf das ganze zu besetzende Gebiet verteilt werden. Die zu besetzende Linie wird von Remagen bis Koblenz laufen und das Rheintal mit seiner nahen Umgebung umfassen. Ein Teil des Koblenzer Bezirks würde unter diesen Umständen noch von den Franzosen besetzt bleiben. Die Rheinlandkommission wird ebenfalls nach Eintreffen der Engländer Koblenz verlassen und nach Wiesbaden übersiedeln.

Begnädigung von Kommunisten.

Berlin, 1. September. PAZ. Der Reichspräsident hat die Kommunisten Neumann, Poege und Skoblewski, die vom Reichsgericht zum Tode verurteilt worden waren, begnadigt.

Aus anderen Ländern.

Marokko.

Die mit großem Trara angekündigte große französische Offensive gegen die Rifleute ist bis nach der Regenzeit verschoben worden. Nur einzelne Abschnitte der Front werden offensiv vorgehen. Das ist der Inhalt eines Interviews, das der Marschall Lyautey einem Zeitungsmann gewährte.

Die Bergung der Flotte von Scapa Flow.

Bisher 17 der gesunkenen deutschen Schiffe gehoben.

Die im vorigen Jahre begonnenen Bergungsarbeiten der im Scapa Flow versenkten deutschen Flotte haben sich so wesentlich entwickelt, daß fast alle vierzehn Tage eines der Kriegsschiffe gehoben werden konnte. Nach Bergung eines unlangst gehobenen Zerstückers ist die Zahl der gehobenen deutschen Schiffe auf 17 angewachsen. Die Bergung findet mit Hilfe des großen von Deutschland abgelieferten Schwimmdocks statt, von dem aus Taucher auf den Meeresgrund tauchen und Kabel an den beiden Enden des Schiffes befestigen, das darauf mit Handwinden in die Höhe gehoben wird. Die geborgenen Schiffe werden aufgebrosen und dann als Altmetall verkauft. Der „Stinburg“ und der „Seidlich“, die beide je 25 000 Tonnen fassen, ruhen noch auf dem Meeresgrunde, doch soll im nächsten Frühjahr ein Versuch gemacht werden, auch diese Schiffe zu heben.

Pommerellen.

1. September.

Graudenz (Grudziadz).

Ein großer Speicherbrand, der die Nachbargebäude stark gefährdete, brach am Sonnabend abend nach 8 Uhr in der Speicherstraße aus.

Einbruchsdiebstahl. Am Freitag nachmittag drang eine unbekannte Person in die Wohnung des Czeslaw Wisniewski, Benzstraße 20.

Thorn (Torun).

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, den städtischen Angestellten und Arbeitern für die kommende Winterszeit Brennholz zum Selbstkostenpreise (6,75 z für den Raummeter) abzugeben.

Das Deutsche Heim zeigt sich dem Publikum jetzt in neuer Aufmachung. Unter Berücksichtigung der alten Bauverhältnisse sind von dem Thorer Architekten Herrmann Rosenau durch Beseitigung der ursprünglichen Glasveranda nach der Gartenseite zu vier schöne nebeneinander liegende mit Schiebeküchen versehene Räume geschaffen.

Verkehrshindernisse. Vor einigen Monaten mußte aus verkehrstechnischen Gründen die alte Stadtmauer an der Brauerstraße abgetragen werden.

Der Unterricht in den Fortbildungsschulen beginnt, wie die Direktion bekanntgibt, erst am 1. Oktober.

Falsche Dollarnoten sind hier wiederum aufgetaucht. Sie tragen die Zeichen B. und D. neben den Nummern. Anstatt der seidenartigen Faserstreifen im Papier weisen sie mit roter Tinte gezogene Striche auf.

Der Copernicus-Verein freut sich, den Musikliebenden ein Konzert des berühmten Geigenkünstlers Bassermann bieten zu können, den der Thorer von vorigen Winter her bekannt ist.

Dirschau (Dziew), 31. August. Infolge eines Druckfehlers, der sich neulich in die Kursnotierung des 'Pommereller Tageblatt' eingeschlichen hatte, wurde der Lokalredakteur dieser Zeitung von einem hiesigen Kaufmann blutig geschlagen.

Dirschau (Dziew), 31. August. Auf der hiesigen alten Weichselbrücke wird jetzt wieder ein weiteres Stück des alten und schadhaften Bohlenbelages erneuert.

Dirschau (Dziew), 29. August. Selbstmord durch Erschießen verübt hat gestern abend in seiner Wohnung in der Steinstraße der hiesige Polizeibeamte Marjan Schulz.

Karthaus (Kartuz), 31. August. In der Nacht zum 28. August drangen Diebe in die hiesige Apotheke ein. Es gelang ihnen jedoch nicht, nennenswerte Beute zu machen, da sie anscheinend durch den Hund des Besitzers in ihrer Tätigkeit gehindert wurden.

König (Chojnice), 29. August. Pech hatte der hiesige Installateur J. Giersch. Er spielte das Los Nr. 22953, auf welches in der letzten Hauptziehung der 5. Kl. ein Gewinn von 5000 z fiel.

Strasburg (Brodnica), 31. August. Am 3. September findet hier ein großer Vieh- und Pferdemarkt statt, am 9. September ein großer Krammarkt.

Tuchel (Tuchola), 30. August. Die Staatspolizei in Gr. Schliwitz (Slivice) hiesigen Kreises erhielt durch eine Anzeige davon Wind, daß aus der benachbarten Ortschaft Linst, Kreis Schwes, ein Einpänner um eine bestimmte Zeit geschmuggelte Tabakwaren nach Tuchel expedieren würde.

einen Feldweg und verschwindet im nahen Walde. Jedoch alle Mühe war nutzlos; er mußte in polizeilicher Begleitung das Gespann mit der Fracht nach Tuchel bringen, aber nicht an die beabsichtigte Adresse. Pferd und Wagen, sowie ein großer Posten Tabakwaren - Zigarren und Zigaretten - wurden vom Tucheler Finanzamt mit Beschlag belegt, und die Schmuggler nach Feststellung der Personalkosten entlassen.

Kleine Rundschau.

Die Deutschen an der Spitze der Nobelpreisträger. Nach dem Bericht des Nobelfonds-Komitees sind in den Jahren 1901-1924 Preise im Gesamtbetrage von 13 866 670 Kronen verteilt worden.

Der Blitz als Massenmörder. Bei Linz in Österreich ist dieser Tage der Blitz als wahrer Massenmörder aufgetreten, allerdings nicht unter Menschen, sondern unter Tieren.

Eine Jagdreise, eine Neuheit unter den modernen Bergnügen, wird von einem Kopenhagener Reisebureau in diesem Jahr arrangiert, und zwar nach New-Brumwick in Kanada.

London verbannt die Reklameträger aus den Straßen. Die englische Regierung hat einen Beschluß gefaßt, nach dem die Reklameträger - die 'Sandwichen' - in den Londoner Straßen nicht mehr geduldet werden.

Im offenen Boot über den Ozean. New York, 28. August. Drei Norweger, Widstrand, Gressund und Grinjon, sind hier in einem offenen Boot angekommen.

Wie die Numerierung der Häuser entstand. Ein Pariser Baumeister kam im Jahre 1512 zuerst auf den Gedanken, in einem Stadtviertel von Paris die Häuser fortlaufend zu nummerieren.

Perückenwahn für weibliche Hotelangestellte. In keinem der großen Pariser Hotels stellt man ein Mädchen ein, das einen Bubiopf hat.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent 1000. 1. 10 Prozent von dem Goldwert, d. 5. 600 resp. 400 Mark = 740 z. resp. 494 z. 2. Mit 60 Prozent = 444 z.

Thorn.

Herrenwäsche

wird sauber gewaschen u. geplätt. L. Gackowski geb. Mutenrieb, Mauerstraße Nr. 15 (Weichselseite). 10245

Jalousien

repariert sachgemäß Schulz, Tapeziermstr., Mate Garbarh 11. 10274

Stiefenheber

nimmt Befellungen auf Stiefenlegen aller Art in Pommerellen an. Pawlowski, Torun, Rajenna 4. 10387

Möbliert. Zimmer

sofort zu vermieten, mit Morgenkaffee. 10312 Sierota 2, II.



Wir empfehlen uns zur Anfertigung von Speisen- und Weinkarten in geschmackvollen Ausführungen zu mäßigen Preisen. A. DITTMANN G. m. b. H. Bromberg.



Portugalsalber sofort zu verkaufen: Bäckerei mit Kolonialwarengeschäft an Wald und Dstee gelegen, gute Bahn- und Autoverbindung. Offert. 3. richt. an B. Bucht, Sunterader, Nr. Danz. Niederung. 10341

Buchhaltungschef (Proturist) verheiratet, anderweitigen Wirkungsreis per 1. Oktober d. J. oder später. Selbiger ist durchaus erfahrener, bilanzsticherer Buchhalter, guter Korrespondent, mit allen Arbeiten eines großen kaufmännischen Büros vertraut und in der Lage, einem solchen mit Erfolg vorzutreten. - Angebote werden erbeten unter Nr. 10346 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Coppernicus-Verein. Dienstag, 8. Septbr., pünktlich 7 1/2 Uhr in der Aula des Gymnasiums: Konzert

Hans Bassermann (Geige) Prof. Bergmann (Klavier). Karten zu 4, 3 u. 1,50 z bei Hrn. O. Stephan, Breitestr. - Auf dem Programm u. a. Beethoven (Kreuzersonate), Tartini, St. Saens, Wieniawski, Chopin, Zareycki. 10343

Graudenz.

Zurückgekehrt! Sanitätsrat Dr. Jacob Plac 23 Stycznia Nr. 21. 10297 Sprechst. 8-11 vorm., 3-5 nachm.

Drucksachen in geschmackvoller Ausführung, zu billigen Preisen. A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg, Wilhelmstr. Nr. 16.

Tätigen Elektromonteur möglichst Meisterzeugnis, welcher mit allen vorkommenden Arbeiten des Elektrofachgeschäftes vertraut ist, stellt sofort ein. Ad. Kunisch Grudziadz, 10339 Bau- u. Installationsbüro für elektrische Anlagen.

Klempnerarbeiten aller Art sowie Gas-, Wasser-, Kanal-, elektr., Licht-, Telefon- und Klingeleitungen führt sauber und gewissenhaft aus. 10322 Hans Grabowski Baukneiperei u. Installations-Gesellschaft Grudziadz, Spichzowa Nr. 6. - Telefon Nr. 449. -

